

Wortprotokoll 16. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2023/2027
22. Legislaturperiode

Donnerstag, 13. März 2025, 19.00 Uhr
im Rathaussaal

Anwesend	37 Mitglieder des Gemeinderats 4 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Hebeisen, GR Wolfender, GR Wittgen SR Brüllmann
Absolutes Mehr	19
Später eingetroffen	–
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	René Knöpfli, Gemeinderatspräsident
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Lisa Diethelm

Traktanden

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 23. Januar 2025

Einbürgerungen

2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)
 - 2.1. Entscheid Rechtsverfahren (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

Wahlen

- 2.2. Ersatzwahl in die Kommissionen

Botschaften

3. Kreditbegehren in Höhe von CHF 1'400'000.– (brutto) für die Überdachung des Bushofs Bärenplatz

Motionen

4. Motion Steuersenkung: Senkung des Steuerfusses der Gemeinde Kreuzlingen um 5 % auf 59 % / Beantwortung
5. Motion Verzicht auf mündliche Begründung bei parlamentarischen Vorstössen - mehr Zeit für Diskussion / Beantwortung

Postulate

6. Postulat Erweitern der Zahlungsmöglichkeiten für die Kreuzlinger Steuerzahler um die Bezahlung von Steuern in Bitcoin / Begründung
7. Postulat Schlanke und bezahlbare Verwaltung ermöglicht Erhalt von Handlungsspielraum - Begrenzung der Verwaltungsmitarbeiter auf einen Angestellten pro 100 Kreuzlinger Einwohner "1:100 Vorstoss" / Begründung
8. Postulat Schuldenbremse für Kreuzlingen - Strukturelles Gleichgewicht im Kreuzlinger Finanzhaushalt der kommenden Jahre / Begründung

Interpellationen

9. Interpellation Stimmt Aufgabenzuweisung an Ordnungsdienste mit dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung überein – Parkbussen statt Sicherheit im öffentlichen Raum? / Beantwortung

Verschiedenes

10. Schriftliche Anfrage Mangelnde Rasenqualität beim FC Kreuzlingen – Fakten statt Schlagzeilen gesucht / Beantwortung
11. Verschiedenes

Der Ratspräsident: Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzter Stadtrat, geschätztes Publikum, ich begrüsse Sie alle herzlich zur Gemeinderatssitzung am heutigen 13. März. Dieses Datum ist vor allem auch für GR Brändli ein besonderes Datum, darf er doch heute seinen Geburtstag feiern. Schön, dass du das in diesem Kreis machst, herzliche Gratulation und alles Gute im neuen Lebensjahr, lieber Christian!

Ebenfalls ein besonderer Willkommensgruss geht an die beiden neuen Ratsmitglieder GR Julian Baumann und GR Bruno Leitz, verbunden mit den besten Wünschen für und viel Freude und Befriedigung an eurer neuen Tätigkeit in diesem Rat. Herzlich willkommen!

Traktandenliste

Der Ratspräsident: Die aktualisierte Version der Traktandenliste wurde Ihnen zugestellt und liegt somit vor. Ich stelle den Antrag gleich selbst, das Traktandum 2.1 aus Effizienzgründen an den Schluss zu verlegen. Da geht es um einen Entscheid in einem Rechtsverfahren, und zwar unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Wenn wir es an der normalen Stelle machen würden, müssten wir den Saal räumen, dann den Saal wieder füllen, was recht ineffizient wäre und lange dauern würde. Daher schlage ich vor, dies an den Schluss der Traktandenliste zu verlegen. Gibt es noch weitere Bemerkungen zur Traktandenliste? – Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Abstimmung

Die Traktandenliste wird mit dem Antrag des Präsidenten auf Verschiebung von Traktandum 2.1 an den Schluss der Sitzung einstimmig genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 23. Januar 2025

Abstimmung

Das Protokoll wird mit 35 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Einbürgerungen

Der Ratspräsident: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)

Entscheid

Die Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission werden genehmigt.

Der Ratspräsident: Ihnen wird hiermit das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt. Wir gratulieren herzlich und mit Applaus. Ihre Gesuche gehen jetzt noch an den Kantonsrat, daher dauert es noch eine Weile, bis Sie Ihre neuen Rechte auch wirklich vollumfänglich nutzen können.

- 2.1. Entscheid Rechtsverfahren (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

Die Protokollführung: Dieses Traktandum wird am Ende der Gemeinderatssitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Wahlen

- 2.2. Ersatzwahl in die Kommissionen

Der Ratspräsident: Aufgrund des Rücktritts von Elmar Raschle erfolgt die Ersatzwahl in die Kommissionen plus noch eine Umverteilung, dies alles gemäss Tischvorlage, die Ihnen vorliegt (Protokoll Beilage 1).

Abstimmung

Die Ersatzwahl wird mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Botschaften

3. Kreditbegehren in Höhe von CHF 1'400'000.– (brutto) für die Überdachung des Bushofs Bärenplatz

Die Protokollführung: GR Salzmann tritt in Ausstand. Das absolute Mehr beträgt weiterhin 19.

Eintreten ist unbestritten.

GR Dal Dosso, Präsident BU: Wir haben die Botschaft in der Kommission Bau und Umwelt ausführlich beraten. Zuerst präsentierte Sandro Nöthiger das Projekt und Stadtrat Zülle ergänzte es. Als Erstes wurde wie in der Botschaft die Verkehrsstudie der Firma Metron erwähnt, deren Empfehlungen die Basis für die Umgestaltung des Bushofs ist. Danach soll durch die Verlegung des Bärenkreisels Platz für zwei weitere Busse (zurzeit 8) geschaffen werden, und durch die Aufhebung des Mittelstreifens in der Hauptstrasse zwischen den zwei Kreiseln der Perron verbreitert werden. Dies wurde in der Kommission als Basis genommen, es wurde nicht diskutiert, sodass sich die Diskussionen nur auf das Dach

beschränken konnten. Das erste Projekt von Stauer & Hasler Architekten konnte den Stadtrat nicht überzeugen, dies steht auch in der Botschaft, vor allem aus Kostengründen. Das Dach würde wahrscheinlich mehr als CHF 2 Mio. kosten. Beim vom Gemeinderat genehmigten Planerwahlverfahren wurden fünf Projekte eingereicht. Aufgrund der Auswahlkriterien – von mir etwas salopp ausgedrückt – Aussehen, Zweckmässigkeit und Funktionalität, Stabilität, Wirtschaftlichkeit in der Herstellung, Betrieb und Unterhalt und letztlich die Honorarkosten der Architekten resultiert das in der Botschaft vorgeschlagene Projekt des Planerteams Grosjean Architekten AG, Kreuzlingen, und Borgogno Eggenberger + Partner AG, St. Gallen als eindeutiger Sieger. Was das Beurteilungsgremium am meisten überzeugte, war die schlichte Eleganz, sprich das Aussehen, und die Tatsache, dass der Perronbereich durch nur zwei schmale Stützen minimal eingeschränkt wird. Auch bei den erwarteten Kosten schneidet das Projekt gut ab. In der Kommission gab es viele Diskussionspunkte. Ich erwähne nur einige, die für mich relevant sind und bitte die anderen Kommissionsmitglieder um Verständnis, wenn nicht alle Argumente wiedergegeben werden. Ihr habt die Chance später. Ein erster Punkt war die Frage, ob das bestehende Dach wiederverwendet werden kann. Abgesehen davon, dass das Dach von vornherein als Provisorium gedacht war, wäre eine Demontage, Renovierung und Versetzung der Fundamente eine ziemlich kostspielige Angelegenheit. Aber was noch wichtiger ist, ist, dass die Besitzstandgarantie möglicherweise entstehen würde und die gleichen Vorschriften für ein neues Dach, d. h. Begrünung oder PV-Anlagen gelten würden. Somit wäre eine Bewilligung eine schwierige Sache. Konsens unter den Kommissionsmitgliedern war deshalb, dass die Wiederverwendung des alten Dachs nicht infrage kommt. Es wurde weiter kritisch gefragt, wie genau die Kosten sind. Die Kosten sind geschätzt, wurde gesagt, denn man konnte beim Planerwahlverfahren im Gegensatz zu einem Architekturwettbewerb keine Detailberechnungen verlangen. Es wurde ein Richtpreis von CHF 1 Mio. angegeben. Manchen Kommissionsmitgliedern schienen vor allem die Kosten der Stahlkonstruktion etwas hoch. Man hat aber die Hoffnung, dass sie tiefer ausfallen könnten. Ein weiterer Diskussionspunkt war, was passieren würde, wenn das Dach heute vom Gemeinderat abgelehnt würde. Man müsste wieder über die Bücher gehen mit dem Risiko, dass sich das gesamte Projekt verzögert und der Bundes- Agglomerationsbetrag von CHF 380'000 entfallen würde. Um dieses Geld zu bekommen, muss man mit dem Projekt 2027 anfangen. Ausserdem müsste aufgrund der Vorschriften des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) trotzdem eine provisorische Erhöhung der Einstiegsanten um 22 cm gemacht werden. Das wären die Nachteile, wenn es jetzt abgelehnt würde. Ein weiterer kritischer Punkt war die Beleuchtung, wie viel Licht die seitliche Tuchmembran durchgehen lässt. Bei zu viel Licht äusserten manche Mitglieder die Befürchtung, dass die Konstruktion wie eine Tankstelle aussehen könnte und dass es zu viel Lichtverschmutzung geben könnte. Einige Kommissionsmitglieder fanden die Höhe des Lampenschirms etwas zu hoch. Darauf wurde geantwortet, dass diese Aspekte im Lauf des Projekts noch detailliert geprüft werden. Es gibt beim Aussehen auch noch eine gewisse Flexibilität, aber das sind Details. Noch eine wichtige Sache ist die Länge des Dachs, darüber wurde auch gesprochen. Einige Kommissionsmitglieder sahen es als problematisch, dass sich das Dach nicht über die gesamte Länge erstreckt. Viele konnten aber der Argumentation der Bauverwaltung folgen, dass bei den Bussen, die ganz vorne und hinten parkieren, ein Einstieg im Trockenen immer noch möglich ist, wenn wir unser Angebot von acht auf zehn Busse erhöhen und alle Parkplätze gebraucht werden. Weiter wurde argumentiert, dass das kleinere Dach vor allem wegen der Neigung des Terrains besser in die Umgebung passt und dass es vor allem weniger kostet. In der Schlussabstimmung stimmten sechs Mitglieder dafür, eines dagegen und eines enthielt sich der Stimme. Ich glaube, das ist meine Vermutung, dass es den meisten Kommissionsmitgliedern klar war, dass das Dach einen Kompromiss zwischen Wirtschaftlichkeit, Funktionalität und Ästhetik, worüber sich bekanntlich streiten lässt, darstellt. Wie aber das Votum zeigt, waren die meisten der Meinung, dass der Kompromiss gelungen ist.

GR Schindler: Die SVP-Fraktion lehnt das vorliegende Kreditbegehren in der Höhe von CHF 1.4 Mio. für die Überdachung des Bushofs Bärenplatz ab. Wir haben schon von Anfang an darauf hingewiesen, dass es sich dabei um eine klassische Salamtaktik handelt. Schritt für Schritt werden verschiedene Teile des Projekts separat behandelt, sodass am Ende kaum eine andere Wahl bleibt, als dem Kredit zuzustimmen. Zuerst wurde im Budget 2022 die Verlegung des Bärenkreisels genehmigt. Diesen muss man verlegen, sonst kann man nämlich die gewünschten zehn Halteanten nicht realisieren. Budgetiert wurde

das mit CHF 1.1 Mio. Jetzt folgt die Überdachung des Bushofs, während die Verlegung der Strasse und die damit verbundene Perronverbreiterung – denn ohne eine Verlegung der Strasse kann man auch den Perron nicht breiter machen – und auch das Inventar im Budget einzeln behandelt. Das sind nochmals CHF 1.45 Mio. Fakt ist, dass aber alle Massnahmen zusammenhängen. Sie werden aber nicht als Gesamtprojekt präsentiert, sondern Stück für Stück durch die politischen Gremien gebracht. Wir sind der Meinung, dass eine solche Vorgehensweise die Transparenz gegenüber der Bevölkerung untergräbt und darauf abzielt, eine Gesamtabstimmung zu umgehen. Dies aus Angst, dass das Projekt in seiner Gänze abgelehnt werden könnte. Unter Partizipation, wie der Stadtrat es ja immer wieder propagiert, stellen wir uns definitiv etwas anderes vor. Dann zum Faktor Zeit: Wenn das Totschlagargument "es eilt, wir haben keine Zeit mehr" vorgebracht wird, ist das sicher nicht zutreffend. Das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen sowie die Verordnung über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs (VBÖV) wurden beide schon am 1. Januar 2004 in Kraft gesetzt. Zeit hätte man also genügend gehabt. Die behindertengerechte Ausgestaltung des Bushofs wäre auch ohne Verschiebung der Strasse und des Bärenkreisels problemlos möglich gewesen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass mit einer pragmatischeren Herangehensweise eine zweckmässige, aber deutlich günstigere Lösung möglich gewesen wäre. Auch wenn man von Anfang an ein festes Budget für das Planerwahlverfahren vorgegeben hätte, wäre eine einfache, aber funktionale Überdachung realisierbar gewesen. Die aktuelle Planung mit dem vorgesehenen Lampenschirm ist eine Design-Entscheidung, die nicht nur die Kosten in die Höhe treibt, sondern vermutlich nicht unbedingt den Geschmack der breiten Bevölkerung trifft. Aus all diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion dieses Kreditbegehren ab. Wir stehen für eine transparente, ehrliche und kostenbewusste Politik ein und können die aktuelle Vorgehensweise nicht unterstützen. Die SVP-Fraktion wird nach der Abstimmung über diese Botschaft gemäss Art. 30 Ziff. 2 der Gemeindeordnung einen Antrag auf ein Behördenreferendum stellen.

GR Cornel: Unsere Fraktion anerkennt die Notwendigkeit einer Dacherneuerung am Bushof und begrüsst die geplante Vergrösserung, die den Witterungsschutz für die Fahrgäste verbessert, ohne dabei überdimensioniert zu sein. Zudem sehen wir positiv, dass die Höhendifferenz von 1.2 m gut gelöst wird und die Photovoltaik ins Konzept integriert ist. Auch wenn die Baukosten mit CHF 1.4 Mio. sehr hoch ausfallen, zweifeln wir nicht an, dass eine langfristige, funktionale und moderne Lösung erforderlich ist. Dennoch haben wir wesentliche Bedenken bezüglich der architektonischen Gestaltung des Projekts. Schönheit mag subjektiv sein, doch in unseren Augen fügt sich die geplante Konstruktion nicht harmonisch in die bestehende Häuserzeile ein. Unsere Fraktion ist sich diesbezüglich komplett einig, was auch eine repräsentative Aussage ist. Die transluzente Membran, die sich um die Stahlkonstruktion spannen soll, erinnert tatsächlich an einen Lampenschirm und wirft Fragen zur langfristigen Ästhetik sowie zu potenziellen Unterhaltskosten auf. Gerade die UV-Beständigkeit durch Sonneneinstrahlung sowie Insekten- und Vogelkot könnte das Material rasch verschmutzen, was erhebliche Reinigungs- und Wartungsaufwände nach sich ziehen wird. Zudem empfinden wir die Lichtemission auch als problematisch, da das neue Dach stark zur Lichtverschmutzung beiträgt und den historischen Charme der nahestehenden historischen Häuserzeile, insbesondere dem Haus Sallmann, dem Hotel Schweizerhof und dem Löwen beeinträchtigt. Wir sind gespannt, ob sich die Stadtbildkommission dazu später noch äussern wird. Die Meinungen zu einem tankstellenähnlichen Konstrukt sind nicht ganz von der Hand zu weisen. Kritisch sehen wir auch den Planungsprozess mit insgesamt fünf externen Studien, die zu diesem Ergebnis geführt haben. Es stellt sich für uns die Frage, was für Kosten da bereits angefallen sind und ob diese in einem angemessenen Verhältnis zum Ergebnis stehen. Kann uns der Stadtrat dazu vielleicht noch eine Aussage geben? Besonders irritierend für uns ist, dass eigens eine Firma beauftragt wurde, um dieses Projekt in die historische Umgebung zu integrieren, dies mit einem Resultat, welches unserer Meinung nach eigentlich das Gegenteil erreicht hat. Wir sind der Ansicht, dass eine Renovation des bestehenden Dachs aufgrund der hohen Kosten und möglichen Anpassungen am Fundament keine Lösung darstellt. Trotz der erwähnten Vorbehalte sieht die Mehrheit unserer Fraktion auch eine Rückweisung des Projekts als unverhältnismässig an, da sie eine Zeitverzögerung und mögliche Budgetüberschreitungen oder noch höhere Budgetüberschreitungen nach sich ziehen wird. Die Kosten für dieses Projekt weiter in die Höhe zu treiben, wäre für die Bevölkerung kein gutes Zeichen. Ein

Behördenreferendum kommt für die Mehrheit unserer Fraktion ebenfalls nicht infrage. Dennoch, wir bleiben dabei, die gewählte Lösung ist nicht optimal und hätte aus unserer Sicht besser gelöst werden können. Wir sind gespannt auf die weiteren Fraktionsmeinungen und Diskussionen. In der Abstimmung in unserer Fraktion hatten wir 2 Ja, 1 Nein und 3 Enthaltungen.

GR Leuch: Es gibt ein Spiel, ich weiss nicht, wer das kennt, es heisst Adel verpflichtet. Aber heute Abend passt zu unserem Bus: Erfolg verpflichtet. Jetzt, wo wir dank dem Stützlibus etwa 30 % mehr Busnutzende haben, brauchen natürlich diese Busnutzenden auch mehr Platz. Volle Busse und viele Leute bedingen eine Anpassung der jetzigen Infrastruktur. Deshalb sagt die MITTE/EVP-Fraktion einstimmig Ja zu dieser neuen Überdachung unserer Busumsteigezentrale. Es ist ein Vernunftentscheid. Ohne diesen Witterungsschutz stehen wir da wie die Leute von Seldwyla, vom Regen in die Traufe. Es ist eine teure Überdachung, aber es wird noch viel teurer, wenn wir sie nicht jetzt machen und mit der Erweiterung zuwarten, bis das Terminal fertig ist. Technisch hat es an der Lösung, die das Architekturbüro Grosjean präsentiert hat, interessante Sachen. Einige knifflige Aufgaben sind noch zu lösen, ein paar schlaue Details möchte ich hier erwähnen. Dass das Dach nur 45 m lang ist, hat verschiedene Gründe. Einer davon ist, dass der ganze Perron eine Höhendifferenz von 1.2 m hat. Das würde man gar nicht glauben, wenn man dort steht, dass es im Westen 1.2 m tiefer ist als im Osten. Deshalb sind sie darauf gekommen, dass Dach nur 45 m lang zu machen. Auch so liegt der Unterschied immer noch zwischen 2.60 m und 3.40 m, also immer noch 80 cm Unterschied von einer Seite zur anderen, was immer noch relativ viel ist. Dann überzeugen die zwei Stützen, damit es genügend Platz gibt. Und speziell natürlich noch die von oben und unten wirkenden Solarmodule, die gleichzeitig auch das Dach bilden. Bei der textilen Umrandung werden die Materialwahl und die Höhe sicher noch entscheidend sein, damit es auch langfristig hält. Dass die Beleuchtung keiner Tankstelle gleichkommen sollte, ist klar, aber der Perron muss trotzdem gut ausgeleuchtet sein. Ich denke, ein grosser Nachteil sind die Visualisierungen, die das Zeug nicht so darstellen, manchmal schöner oder schlechter, aber nicht unbedingt der Realität entsprechend. Ich denke, da besteht noch die Möglichkeit, es noch einmal anzuschauen. Für uns stimmt auch der Zeitpunkt. Zurzeit haben wir minimale Zinssätze. Und ich denke, dass wir uns gegenüber der Wirtschaft antizyklisch verhalten, kommt uns auch entgegen. Jetzt wird zum Beispiel zurückhaltend investiert, da ist ein solches Projekt für unsere Wirtschaft eigentlich gut, damit wir da zum richtigen Zeitpunkt Aufträge generieren.

GR Müller: Wir befürworten dieses Projekt sehr. Es ist ein Projekt, welches für die Infrastruktur und für die Bevölkerung eine Zukunft bringt. Der Bus wird ausgebaut. Der Bus hat einen sehr grossen Erfolg, auch dank dem niedrigen Buspreis. Wer auch schon an diesem Busbahnhof war und dort eingestiegen ist, kennt die Situation des sehr engen Perrons und des kleinen Dachs. Mit der Zunahme der Busnutzenden ist es sehr eng und teilweise gefährlich. Aber heute geht es eigentlich nicht um die Verbreiterung des Perrons, dies haben wir mit dem Budget bereits beschlossen. Das wurde offen kommuniziert. Wir haben da schon darüber diskutiert, ob man die verschiedenen Projekte in Teilprojekte auseinandernehmen kann und ob das rechtmässig ist. Deshalb ist es für mich keine Salamtaktik. Ich denke, Salamtaktik ist, wenn man einen Schritt macht, ohne den nächsten anzukündigen. Wir haben darüber diskutiert, und es war unser Entscheid, dass wir über das Busdach separat diskutieren und entscheiden wollen. Und heute diskutieren wir darüber, ob es dieses Busdach gibt oder ob es das nicht gibt. Ich sehe es so. Denn wenn wir heute Nein sagen, wird es wahrscheinlich erst einmal nichts geben. Vielleicht wird es irgendwann eine provisorische Lösung geben mit kleinen Bushäuschen und kleinen Dächern. Jetzt können wir ein gescheitertes Dach planen und bauen lassen, welches eine gute Funktionalität hat, mit nur zwei Stützen, mit viel Platz, mit einer PV-Anlage, die sehr sinnvoll ist, weil wir bei den Stadtbussen bald Elektrofahrzeuge haben werden. Was uns an diesem Projekt stört, ist ein Punkt. Wir werden zwar jetzt die Behindertengleichstellung in dem Sinn erreichen, dass die Perrons höher sind. Es ist sehr wichtig und gut, dass das an diesem wichtigen Umsteigepunkt endlich kommt. Aber wir werden keine Behindertengleichstellung erreichen für Sehbehinderte, für Hörbehinderte, für Leute, die gehbehindert sind und umsteigen müssen. Denn es gilt das Prinzip, der erste Bus, der einfährt, fährt an die vorderste Position. Und wenn wir dann vier, später vielleicht sogar fünf in einer Reihe haben, muss man sehr schnell schauen, wo sein Bus fährt. Man hat kurze Zeiten zum Umsteigen, weil die Busse innerhalb von 2-3 Minuten wieder abfahren. Für Leute, die nicht sehen oder nicht hören, ist das sehr schwierig.

Auch für Leute, die mit einer Gehhilfe unterwegs sind, ist das sehr schwierig. Es war vorgesehen, dass man auf einer Anzeige sehen kann, welcher Bus wo steht, sobald es von der Reihenfolge her klar ist. Dies wurde aus Kostengründen gestrichen. Wir sind der Meinung, dass das nicht ein nice to have ist, sondern dass da eine günstigere Lösung gefunden werden muss, wie man das anzeigen kann, und zwar visuell sowie akustisch. Noch etwas, was ich persönlich noch aufnehmen möchte, ist, dass der Unterhalt genau angeschaut werden muss, damit das wirklich eine langfristige Lösung ist, damit später mit dieser Membran nicht grosse Kosten entstehen.

GR Merk: Unsere FL/G/GLP-Fraktion findet das Projekt grundsätzlich gut. Das schlichte Design gefällt nicht allen gleich gut, mir persönlich gefällt es. Wir können als Gemeinderat sehr gut darüber sprechen, was uns persönlich gut gefällt, denn es gibt offenbar auch Fraktionen, die genauer wissen, was der Bevölkerung gefällt und was nicht. Die Gestaltung ist vielleicht zum Teil Geschmackssache. Architektonisch gesehen gibt es aber sicher Punkte, die dieses Projekt erfüllen muss, und da sind wir mit wenigen Ausnahmen hier drin wahrscheinlich nicht die Fachpersonen. Ich bin es nicht. Alternativen kann man zu Recht fordern. Die Frage ist, wie diese dann aussehen. Einfach zu sagen, wir möchten es gern schlichter oder einfacher, ist ja noch keine Lösung. Von unserer Seite jedenfalls danke an alle Beteiligten für das Ausarbeiten des Projekts und der Informationen dazu. Wir hätten uns sogar vorstellen können, das Ganze noch ein bisschen grösser und mutiger anzugehen. Ein gut ausgebauter öffentlicher Verkehr besteht ja nicht nur aus einem regelmässigen Fahrplan, dazu gehören auch barrierefreie Zugänge oder Bereiche, wo man auch bei schlechtem Wetter einigermaßen trocken auf den Bus warten kann. Ein Bushof ohne Dach, wie es im Vorfeld ein bisschen herumgeisterte, wäre an Unsinnigkeit aus unserer Sicht nur noch zu toppen, indem man das bestehende Provisorium ausgraben, zur Seite stellen und später auf den neuen Perron pflanzen würde. Die Stimmung im Gemeinderat war von Anfang an verhalten. Die Hinweise deuteten auch bereits im Vorfeld in Richtung Kompromiss. Aus unserer Sicht ist das jetzt so aufgegleist. Es ist ein Kompromiss, damit es möglichst durchgeht. Unsere Fraktion sieht da ganz viele positive Ansätze. Wir werden der Botschaft zustimmen. Weil es sich beim Verfahren um ein Planerwahlverfahren und nicht um einen Architekturwettbewerb handelt, sind verschiedene Details in der Botschaft noch nicht fixiert. Diese gaben fraktionsintern bei uns auch zu reden. Alle Sachen wurden bereits erwähnt. Der Lampenschirm, der zumindest in der Visualisierung, die wir erhalten haben, sehr hell strahlt, bedarf aus unserer Sicht sicher noch einer sorgfältigen Detailplanung. Die Lichtverschmutzung nach aussen soll und muss möglichst klein sein. Die Höhe des Lampenschirms ist in der Detailplanung noch zu bestimmen. Auch da gilt es, ein gutes Mass zu finden. Die Visualisierung der möglichen Werbebildschirme oder der digitalen Linienanzeige in der Botschaft ist aus unserer Sicht eher verwirrend, obwohl im Text dann darauf verwiesen wird, dass die Bildschirme gar nicht Teil dieses Projekts sind, dies auch aus Kostengründen. Das, obwohl wir die Idee eigentlich gut finden, GR Müller hat es bereits ausgeführt. Das Dach ist gerade ausreichend für die acht aktuellen Busse, die im Moment Platz finden müssen. Kreuzlingen wird weiter wachsen, somit wird auch der Bedarf an öffentlichen Verkehrsmitteln stark wachsen. Bei der Erweiterung auf zehn Busse wird es dann doch eher knapp. Wenn ich am Trockenen zuhinterst in den vordersten Bus und zuvorderst in den hintersten Bus einsteigen kann, geht das gerade noch. Man hätte aus Sicht unserer Fraktion auch grösser denken können, vielleicht auch spektakulärer oder visionärer. Irgendwie, so haben wir es besprochen, ist es auch eine verpasste Chance, so viereckig, so knapp. Eine mutigere Variante und vielleicht auch eine Vision hätten wir begrüsst. Wir haben in unserer Fraktion Blicke in andere Städte geworfen, und ich würde sagen, wenn man nach Winterthur oder nach Zürich schaut, ist das vielleicht ein bisschen grössenwahnsinnig, aber ein Blick an den Bahnhof Aarau, der von der Stadtgrösse her in einer ähnlichen Liga spielt, ist auch noch gewagt, denn der dortige Bushof ist ein anderer Verkehrsknotenpunkt als unserer. Aber es macht ein anderes architektonisches Statement als das vorliegende Projekt. Für uns steht aber im Vordergrund, dass das Projekt erfolgreich gebaut werden kann und die Situation, so hoffen wir, nicht mit einem Provisorium enden wird. Von uns, der FL/G/GLP-Fraktion ein einstimmiges Ja.

GR Schulthess: Dieses Projekt gehört vors Volk, das wissen wir eigentlich alle. Es ist mehr als CHF 2 Mio., und dass man es auf verschiedene Teilprojekte auseinandergenommen hat, ändert daran nichts. Ich habe Verständnis für den Stadtrat, dass er es so macht. Mit 62 Prozent wurde ein Busdach vom Volk bereits einmal abgelehnt, und es besteht natürlich ein grosses Risiko, dass das Volk es noch

einmal so sieht. Dringender Handlungsbedarf ist für mich etwas anderes. Ich verstehe nicht, warum man das jetzt priorisiert hat. Ein bisschen verstehe ich es allerdings doch, vermutlich geht es wieder darum, dass wir aus dem Agglomerationsprogramm CHF 380'000 dazubekommen. Aber eigentlich verstehe ich nicht, warum wir bei dieser Menge an relevanten und prioritären Themen in dieser Stadt uns hier wieder über Busdächer unterhalten. Ich fange jetzt nicht an aufzuzählen, welches die Themen sind. Priorität oder dringend ist, wenn es durchregnet oder wenn eine Einsturzgefahr besteht, aber alles andere ist nicht prioritär. Ich glaube, das bestehende Dach stammt aus 2014, also keinerlei Not. Ich finde es schade, dass der Stadtrat den Weg so gewählt hat. Es ist einmal mehr ein Vertrauensminus aus der Bevölkerung, wenn man das jetzt am Volk vorbei durchdrückt. Ich empfehle es zur Ablehnung.

SR Zülle: Ich habe viel gehört und mir viele Notizen gemacht. Ich hoffe, ich vergesse nichts, wenn ich probiere zu erklären, warum wir diesen Weg gewählt haben, warum es dieses Projekt ist und warum es eben doch eine gewisse Dringlichkeit hat. Warum hat man diesen Weg gewählt? Wir haben bereits 2006 ein Provisorium gemacht. 2014/2015 hatten wir dann die Volksabstimmung, wo allerdings ein anderer Bushof vorgesehen war. Vor allem das Layout, wo die Busse strassenabwärts parkiert gewesen wären. Es gab verschiedene Varianten, und eine Variante wurde von meinem Vorgänger David Blatter vorgestellt, wobei man aber auch nicht so recht wusste, wie dann der Verkehr am Boulevard laufen würde. Es war dann die grosse Auseinandersetzung, wie der Verkehr am Boulevard läuft, ob er überhaupt noch den Boulevard hinunter geht oder ob es einen verkehrsfreien Boulevard gibt usw. es gab dann auch einen Vorstoss, Zweibrücken hat diese Verkehrsstudie gemacht, wo zwischen der Häuserzeile, von der wir jetzt sprechen, und dem Bushof kein motorisierter Individualverkehr mehr durchgelassen worden wäre, sondern dass man zum Spitz hinunterfährt. Der Bushof wurde damals mit etwa 62 Prozent abgelehnt. Natürlich haben wir dann zugewartet. Wir wussten, dass wir den Bushof ändern müssen. Auch der Bärenkreisel ist nur ein Provisorium, der ist nur aufgeklebt und nicht im Boden verankert. Es ging auch noch um die Auseinandersetzung, wie das mit dem Stadthaus kommt. Dann haben wir noch die Bärenüberbauung usw. Wir haben dann mit dem Tiefbau sukzessive angefangen, daran zu arbeiten, wie die Busse am besten angeordnet werden, wie wir die Strasse machen, ob wir die Rabatte lassen oder nicht, wo wir den Kreisel hinführen, damit es Platz für bis zu zehn Busse hat. Das wurde alles geplant, und letzten Herbst hat man anlässlich der Budgetdebatte genau auf diesen Punkt hingewiesen, ob das alles zusammengehört und ob wir alles miteinander vors Volk bringen müssen, oder ob das eine gebundene Ausgabe ist. Die Strasse müssen wir machen, den Kreisel müssen wir machen, die Behindertengerechtigkeit müssen wir erstellen. Wir können den ganzen Bushof also auch ohne Dach machen. Und weil es so keinen Zusammenhang hat und eigentlich ein nice to have ist, haben wir uns entschlossen, es im Gemeinderat zu behandeln. Wir haben auch die Gemeindeordnung abgeändert, mittlerweile ist die Kompetenz beim Gemeinderat bei CHF 2 Mio. und nicht mehr bei CHF 1 Mio. Mit 1.4 Mio. liegen wir noch weit unten in der Kompetenz des Gemeinderats, so ein Geschäft zu behandeln. Eine Volksabstimmung kostet viel Geld und viele Monate Zeit, die wir dann verlieren würden. Das ist der Weg, und es war ein demokratischer Prozess hier drin, wo eine klare Mehrheit der Meinung war, wir machen nur für das Dach eine Botschaft. Das ist also nicht eine Salamtaktik des Stadtrats, sondern wurde hier drin entschieden. Zum Planerwahlverfahren: Wir hätten gern ein öffentliches Architekturverfahren gemacht. Dieses hätte etwa CHF 100'000 gekostet. In der Budgetdebatte sagte der Gemeinderat, CHF 80'000 würden reichen, wir sollen ein einfaches Verfahren, ein Planerwahlverfahren machen. Also hat man das gemacht, und zwar mit ortsansässigen Planungsbüros. Es folgte dann eine Jurierung mit Vergabe einer Punktezahl. Kriterien waren die Architektur, die Kosten, wie es in die Umgebung passt und viele weitere. Auf Platz 1 kam das Projekt, über welches wir hier sprechen, mit 8.49 Punkten (Beilage 3). Das Projekt auf dem zweiten Platz erhielt 6.8 Punkte, dasjenige auf dem dritten Platz 6.7 Punkte, das vierte 6.6 und das fünfte 6.2 Punkte. Man sieht, die anderen vier Projekte waren vom ersten weit abgeschlagen. Man kann sich nun fragen, ob das Planerwahlverfahren falsch war, ob man falsch geschaut hat, ob man die falsche Brille trug – ich weiss es nicht. Dieses Projekt hat überzeugt. Und zwar überzeugt es, weil es sich eben zurücknimmt. Ihr könnt euch erinnern, es gab einmal ein einzelnes Projekt von Stauer & Hasler, welches wir hier als Modell zeigten. Da sagten alle, das sei ein Wahnsinnsding, über 60 m lang, viel breiter, über alle Busse hinweg mit einer riesigen Betonkante. Es sei nicht möglich, zwischen den Platanen und den historischen Häusern einen solchen Riegel

hinzustellen. Auch der Stadtrat war dieser Meinung und sagte klar, es sei auch teuer. Es hätte CHF 1.8 Mio. gekostet. Mit der Bauteuerung, die wir seit 2021 hatten, käme dieses Projekt auf etwa CHF 2.1 Mio. Das wäre ein Maximalprojekt gewesen. Wir hatten das Gefühl, das Projekt vom Architekturbüro Grosjean, welches mit seiner Feinheit wenig Material braucht und sehr originell ist, ist ein gutes Projekt, und die Jury hat es dann auch speziell ausgezeichnet. Warum ist das Dach rund 45 m lang und nicht länger? Ich fragte mich am Anfang auch, warum man es nicht so lange macht wie der Perron. Erstens braucht man nicht ein so langes Dach wie der Perron. Es ist immer noch vier Mal grösser als das jetzige Dach. Und es nimmt auch etwas Rücksicht. Ich habe nachgeschaut. Wir haben in der Bodenseeeregion 100 bis 130 Regentage. An allen anderen Tagen regnet es nicht. Wir haben 30 bis 50 Sommertage mit über 25 Grad. Wir haben 5 bis 15 Tage mit über 30 Grad, also Hitzetage. Wir haben also den grössten Teil des Jahres Wetter, wo man auch ohne Dach sein kann. Das Architektenteam nimmt Rücksicht, indem es plant, oben und unten einen Baum zu setzen, wo man sich in den Schatten setzen kann, wenn es heiss ist – eigentlich fast ein bisschen multifunktional auf diesem Perron. Und wenn es regnet, können immer noch genug Leute unter dem Dach stehen. Es reicht für alle. Mir, dem Stadtrat und der Jury hat es völlig eingeleuchtet. Auch dass es auf dem Dach eine PV-Anlage hat, die die Beleuchtung regelt. Bei der Beleuchtung hatten auch wir unsere Fragezeichen, als wir die Visualisierung sahen. Visualisierungen sind immer ein bisschen gefährlich, denn die sind nie so echt, wie es am Schluss herauskommt. Vielleicht meint der, der die Visualisierung macht, er müsse das ein bisschen ausstrahlen. Aber eigentlich müssen wir das gar nicht so ausstrahlen. Es ist nicht die Meinung, dass wir mit diesem Dach eine Lichtverschmutzung machen. Oben scheint kein Licht hinaus, auf der Seite nur so viel, wie wir wollen. Es ist dimmbar, und je nach Membran geht viel hinaus oder nur wenig. Man sieht vielleicht einen Streifen, der leicht beleuchtet ist, um die Bushaltekante und die Bushaltestelle aufzufinden. Ganz wichtig ist die Beleuchtung nach unten auf den Perron, denn auf dem Perron müssen wir Sicherheit haben. Da müssen wir schauen, dass die Leute nicht über die Perronkante fallen und nicht miteinander kollidieren. Es besteht auch die Gefahr, dass Leute dort sind, die dort nicht hingehören, wo wir mit dieser Beleuchtung doch eine gewisse Sicherheit erreichen. Das hat uns sehr überzeugt, deshalb sind wir der Meinung, dass das richtige Projekt am richtigen Ort ausgewählt worden ist. Wichtig sind die Häuserzeile und auch die Platanenallee, die wir alle kennen, und der Dreispitzpark, und das Dach nimmt eine untergeordnete Stellung ein. Mit diesen zwei filigranen Säulen, die alles tragen, weil es eine Leichtbauweise ist, haben wir auf den Perron ganz viel Platz, den wir für Rollstühle, für Kinderwagen und Rollatoren brauchen können. All das hat uns überzeugt. Und ich kann euch versichern, das ist noch keine Detailplanung. Wenn ihr zu diesem Projekt Ja sagt, gehen wir in die Detailplanung. Wir schauen darauf, dass die Membran möglichst lange hält. Das ist nicht ein leichter Vorhangstoff, das ist schon etwas Rechtes, was hält, wie wir es auch von Sportanlagen kennen. Die Bildschirme haben wir einerseits aus Kostengründen weggelassen, andererseits weil die Technik noch nicht ganz so weit ist. Mit Kameras muss geschaut werden, welcher Bus in den Kreisel kommt, und den muss es dann am richtigen Ort anzeigen. Wir haben jetzt jahrelang mitgemacht, bis die blauen Tafeln funktionieren. Langsam geht es jetzt gut. Das war ein riesiger Prozess, kostete sehr viel Geld, einige Hunderttausend. Jetzt korrespondiert es, damit kann man jetzt arbeiten, diese Infrastruktur funktioniert. Und wenn wir jetzt wieder etwas Neues machen, was noch nicht ausgereift ist, bin ich nicht so sicher, ob alle damit glücklich sind. Aber zu einem späteren Zeitpunkt, da bin ich absolut bei dir Elina Müller, müssen wir schauen, dass wir es absolut behindertengerecht machen. Jeder Punkt muss stimmen, man muss wissen, wo welcher Bus ist, man muss es auch visualisieren und auch hören. Das sind die Sachen, die ich dazu sagen kann, und ich hoffe, dass wir ein Ja finden und ich hoffe, dass es nicht noch ein Behördenreferendum gibt. Damit würden wir viel Zeit und Geld verlieren.

Materielle Beratung –die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

Botschaft, Seite 2

GR Ricklin: Zuerst eine Frage: Für was brauchen wir ein Dach? Natürlich als Witterungsschutz, damit es uns nicht auf den Kopf regnet. Auf Seite 2 steht schön beschrieben, dass der Architekturauftrag unter anderem ein trockenes Umsteigen sicherstellen muss. Schauen wir nun aber die Visualisierungen auf

S. 5 an, den Querschnitt, sehen wir, dass ein trockenes Umsteigen gar nicht möglich ist. Aufgrund des Abstands von den Kanten kann der Bus gar nicht so nahe heranfahren. Es regnet einem auf den Kopf. Das Busdach ist zu wenig breit. Beim Ein- und Aussteigen wird man nass. Das ist einfach so. Das heisst, man muss vielleicht zuerst den Schirm zücken, bevor man trockenen Fusses oder trockenen Kopfs auf den Perron kommt. Ich finde es einfach schade, dass man die Funktionalität der Ästhetik opfert. Wenn man schon ein Dach haben will, welches ein Witterungsschutz sein soll, muss das doch von vorn bis hinten, in der Länge und in der Breite passen. Wir wissen alle, wie unangenehm es ist, wenn einen die Tropfen den Nacken hinunterrinnen. Und so sieht es im Moment aus. Für diesen Preis möchte man doch keinen Lampenschirm, sondern man möchte einen trockenen Kopf haben.

GR Müller: Ich gehe sehr davon aus, dass das dann auch wirklich funktioniert. Ich glaube, bei diesem Querschnitt ist der Bus nicht so nah gezeichnet, wie er eigentlich ist. Er muss sehr nahe an die Halbkanten fahren, damit man gut einsteigen kann, was ja der Sinn der erhöhten Haltekanten ist, damit man auch mit einem Kinderwagen, einem Rollstuhl oder einer Gehhilfe gut in den Bus fahren kann. Ich gehe sehr davon aus, dass das in der Ausführungsplanung so berücksichtigt wird. Die zweite wichtige Funktion eines solchen Dachs ist neben den Witterungsschutz die Beleuchtung. Falls wir kein Dach machen würden, müssten wir zumindest für eine gute Beleuchtung sorgen, diese würde auch etwas kosten.

SR Zülle: Das mit dem Nasswerden ist erstens ganz minim, und zweitens, wenn man das Dach darüberzieht und höher macht, damit die Busse darunter fahren können, ist das Busdach höher, weil wir ein grosses Gefälle haben. Oben gibt es dann eine grosse Lücke, was bedeutet, dass die Gefahr, dass es mitten in die Leute regnet, viel grösser ist. Der Bus fährt möglichst nah an die Kante. Wie GR Müller es sagt, ist es ein bisschen schlecht gezeichnet. Es ist ein ganz minimaler Spalt. Wenn es ein bisschen regnet, bekommt man vielleicht drei Tropfen auf den Kopf, dafür muss man keinen Schirm öffnen. Das ist auch an vielen Bahnhöfen so, man merkt es gar nicht. Ich gehe an vielen Bahnhöfen auf den Zug, wo es 10 cm offen ist, trotzdem bin ich noch nie nass geworden. Architektonisch müssen wir es so machen, sonst müssen wir das Dach von Stauer & Hasler nehmen. Dieses wäre darüber hinweggegangen, hätte CHF 2 Mio. gekostet, ist oben aber weit offen. Wenn es dann schräg regnet, werden die Leute nass. Das hier ist also die bessere Lösung.

GR Ricklin: Mir ist klar, dass man jetzt probiert, es schönzureden. Aber wenn man doch ein neues Dach macht, welches auch als Witterungsschutz funktionieren soll, weiss ich echt nicht, warum man so etwas plant. Und ob es hoch oder tief oder quer regnet, ich glaube, es sollte sich technisch heute doch so lösen lassen, dass man genau das nicht hat. Das liegt nicht am Bild, dass der Bus hier ein bisschen weit entfernt steht. Wir haben Pläne, wir haben die Abstände – wir haben diese Lücke, das ist Fakt. Man könnte jetzt auch einfach sagen, wir nehmen das auf und probieren, es anders zu machen. Aber Fakt ist einfach, dass es nicht wirklich zu Ende gedacht ist. Es geht eben um die Ästhetik, es geht nicht um die Funktionalität. Das ist schade, und für so etwas möchte ich mein Geld nicht hergeben. Wenn etwas ein Dach ist, möchte ich ein Dach und nicht einen Lampenschirm.

GR R. Herzog: Ich finde es schon interessant, GR Ricklin, dass du jetzt für ein teures Dach votierst. Es ist das Resultat der Sparanstrengungen bzw. Sparappelle, dass man dieses Projekt minimiert hat, schmaler und kürzer gemacht hat. Wenn jetzt von derselben Seite gefordert wird, man solle das doch über den ganzen Bus hinwegziehen, damit es auf keinen Fall irgendwo noch einen Spalt von 2 cm gibt, dann finde ich das schon eine sehr interessante Diskussion.

GR Hummel: Ich glaube, dass das Motiv nicht der Sparwille war, sondern dass das Projekt unter CHF 2 Mio. bleibt und man keine Volksabstimmung machen muss. Das ist doch der Grund.

GR Ricklin: Ich bin nicht automatisch für etwas Teureres, das habe ich nicht gesagt. Man könnte es wahrscheinlich einfach anders konstruieren. Ich habe gesagt, ich möchte keinen Lampenschirm. Es muss nicht ein Lampenschirm sein, es gebe zig andere Varianten, wie ein solches Dach aussehen kann. Der Lampenschirm, der ästhetische Teil ist 1.32 m. Den könnte man doch einfach wegnehmen und nach aussen nehmen, das würde im Preis wahrscheinlich nicht so viel ausmachen. Es kommt noch hinzu, dass dieser Lampenschirm auch noch eine Lichtverschmutzung nach aussen verursacht. Diesen Teil könnte man weglassen, es dafür um einen halben Meter verlängert machen. Es müssen nicht 1.32 m sein, 50 cm würden wahrscheinlich reichen, dann wäre das Problem gelöst. Dann hätten wir keinen

Lampenschirm, aber ein funktionales Dach, und das Problem mit der Lichtverschmutzung mit der Beleuchtung nach aussen wäre auch gleich gelöst.

GR Ch. Brändli: SR Zülle, wie du vorhin erwähnt hast, schaut ihr in der Detailplanung dieses und jenes noch an. Deshalb meine Frage: Ist der Stadtrat bereit, für die Detailplanung noch eine unabhängige Fachperson beizuziehen. Das ganze Projekt nicht mit dem Projektverfasser, sondern mit einer unabhängigen Fachperson noch zu überarbeiten? Wahrscheinlich liegt der Hund in der Detailplanung. Wir haben von der Membran gehört und ob es diese überhaupt braucht, oder ob man das anders lösen kann. Ist der Stadtrat bereit, das zu machen oder wollt ihr dieses Projekt einfach telquel übernehmen und es so bauen?

SR Zülle: Selbstverständlich sind wir dazu bereit. Wir machen das in der Regel auch so, dass man bei einem solchen Projekt noch andere Fachleute beizieht. Das ist klar. Wir werden auch mit Behindertenorganisationen zusammenarbeiten usw. Das werden wir machen, und ich nehme das auch ernst. Es ist nicht so, dass ich jetzt sage, wir machen nichts. Ich habe nur erklärt, warum es so ist. Wenn man darüber geht, ist es einfach eine andere Architektur. Man kann es machen, aber es ist erstens viel teurer, aber da möchte ich mich nicht wiederholen. Ich sage es noch einmal. Wir machen das, ich verspreche es, wir werden auch die Materialisierung sehr gut anschauen. Es liegt mir auch am Herzen, dass das Zeug lange hält, und zwar nicht nur zwei Jahre, sondern mehrere Jahre. Es muss lange halten und funktional sein.

GR Müller: Rein statisch ist es so: Man muss höher gehen, damit das Dach über die Busse kommt. Das heisst, es gibt einen höheren Hebel, und wenn man weiter hinausgeht, gibt es auch wieder einen grösseren Hebel. Das ist etwas, was ich in der Statik gelernt habe, Hebelwirkung ist nicht zu unterschätzen. Das wird einfach massiv teurer.

GR Schindler: Was mich ein bisschen erstaunt, in der Kommission hat SR Zülle immer gesagt, je weniger Säulen es hat, desto teurer ist es. Interessanterweise haben alle anderen Projekte mehr Säulen. Diese sind lustigerweise alle teurer als CHF 2 Mio., obwohl die Kosten noch nicht detailliert berechnet wurden. Es irritiert mich, dass genau das Projekt mit den wenigsten Säulen CHF 1.4 Mio. kostet, obwohl es zuvor hiess, je weniger Säulen desto teurer, und alle anderen mit vielen Säulen sind teurer als CHF 2 Mio.

SR Zülle: Genau das macht diese Architektur hier aus. Es ist eine Leichtbauweise. Wenn man mit wenig Material auskommt und es mit nur zwei Säulen machen kann, macht es das günstig und trotzdem gut. Wenn man das Gleiche mit zwei Säulen macht und eine Betondecke zieht, wird es wahnsinnig teuer, dann muss man die Auskrägung abholen. Das löst der Architekt mit dieser Metallbauweise. Das ist alles im Projekt beschrieben. Genau das hat uns überzeugt, seine Art, wie er das zusammen mit dem Ingenieurbüro angeschaut hat. Das ist genau die Qualität, die man hier sieht.

Beilage 6, Kostenvoranschlag

GR Ch. Brändli: Wurden die Baukosten gemäss Beilage 6 auch noch von Seiten der Bauverwaltung unabhängig geprüft oder hat man sie einfach übernommen?

SR Zülle: Wir haben sie vom Planungsbüro übernommen. Wir konnten die Kosten nicht noch wahnsinnig ausrechnen. Wir hatten beschränkte Mittel, um bis zum Niveau einer Gemeinderatsbotschaft zu kommen. Da wollten wir einfach möglichst genaue Kosten haben. Zum Teil hat er Offerten eingeholt, zum Teil hat es das Ingenieurbüro gemacht. Er hat gesagt, es seien sehr verlässliche Zahlen. Es wird nicht teurer. Wenn wir einen Fachbeirat haben, können wir es selbstverständlich nochmals rechnen lassen, das ist kein Problem.

GR Ch. Brändli: Heisst das, wenn wir Ja stimmen, dass es noch einmal ausgeschrieben wird? Lässt ihr noch einmal offerieren? Oder würde es direkt weitergegeben? Eine BKP-Nummer sticht brutal ins Auge, das sind die Honorare mit 20.4 %. CHF 256'000 sind nur Honorare für Planungen, Architekten, Ingenieure usw. CHF 256'000 sind auf den Betrag von CHF 1.26 Mio. ein sehr hoher Betrag. Rechnet man CHF 200 pro Stunde, sind das 1300 Stunden nur für Planung. Da stimmt irgendetwas nicht. Diese Geschichte müsst ihr noch einmal im Detail durchgehen. Man sieht es auch in Beilage 4 bei der Aufstellung von Buffoni Bühler, wo die Planerhonorare drin sind. Dort sind es zwischen CHF 170'000 bis CHF 300'000. Mit CHF 280'000 seid ihr relativ hoch. Ich vermute, da liegt auch noch einiges drin. Mir ist bewusst,

dass man die Planung nicht unterschätzen darf, aber ich habe einfach das Gefühl, dass das sehr hoch ist.

SR Zülle: Da bin ich ganz bei dir. Wir sind jetzt auch an einem anderen grossen Projekt, wo wir genau das machen, nämlich die Kosten, die uns das Architektur- und Ingenieurbüro berechnet hat, zu prüfen. Dann kommen noch die Handwerkerofferten, die vielleicht auch noch einmal anders aussehen. Thomas Leuch, der ja im Metall eine grosse Ahnung hat, hat gesagt, dass die Offerten vermutlich günstiger hereinkommen werden. Wir haben da eine Aufrechnung gemacht. In den CHF 1.4 Mio. sind auch die Reserven enthalten. Wir hoffen natürlich, dass es ein bisschen günstiger wird. Aber wir wollten transparent aufzeigen, was so etwas kostet. Teilweise hat es auch Pauschalbeträge drin. Ob es dann CHF 50'000 sind oder nur CHF 30'000, werden wir dann sehen. Aber wir müssen ja eine Annahme machen. Wir können nicht eine absolute Kostenplanung machen wie nach einer Detailplanung. Wenn wir eine Detailplanung machen, wissen wir von jedem Handwerker, was er kostet. In der jetzigen Phase bis zur Botschaft hat man das nicht, das werden wir aber auch beim Stadthaus und bei den anderen Projekten nicht haben.

GR Schulthess: Thomas Leuch, kannst du etwas dazu sagen, dass der Stahlbau dann viel günstiger wird? Stehst du dahinter? Darf ich dich Ernst daran erinnern, letztes Mal, als wir Stahlbau gemacht haben, bauten wir am Viadukt Suizidgitter. Das Budget war CHF 500'000, der Stahlbau hat CHF 750'000 gekostet.

SR Zülle: Das ist völlig falsch wiedergegeben. Das war nicht der Stahlbauer, das waren die Industriekletterer. Die waren teurer und nicht der Stahlbau.

GR Leuch: Ich möchte mich da nicht auf die Äste hinauslassen, dass das so ist, das kann ich auch nicht. Aber was mich tröstet, in der Botschaft heisst es 1.4 Mio. Brutto. Das ist eigentlich die Obergrenze. Das Ziel wäre, dass man tiefer käme. Wenn ihr das Angebot von Grosjean anschaut, sind wir bei CHF 1.26 Mio. Die Stadt hat da doch einiges an Reserven eingerechnet. Ich denke, das ist machbar. Wenn ich es mit einer Maschine vergleiche, die CHF 500'000 kostet, scheint mir der Stahlbau teuer. Gerechnet wurde er nicht, aber vom Gefühl her würde ich sagen, da liegt noch etwas drin. Da gibt es noch genügend Spielraum.

Botschaft, Ziff. 8, Zusammenfassung

Beilage 7, Visualisierungen

GR Ch. Brändli: Wir hatten letzthin eine Sitzung in der Biodiversitätskommission und haben diese Fotos am Rand noch angeschaut. SR Zülle war auch dabei, ebenso GR Ricklin. Wenn das dann in der Nacht so daherkommt, wie es auf diesen Fotomontagen aussieht, hast du Ernst ein grosses Problem mit dieser Kommission. Denn das geht gar nicht. GR Merk hat es am Anfang auch erwähnt betreffend Lichtverschmutzung, was auch in Kreuzlingen ein grosses Thema ist. Da würdet ihr mit dem schlechtesten Beispiel vorausgehen, wenn das am Schluss dann so aussieht.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Die Botschaft wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen angenommen.

GR Schindler: Ich stelle den Antrag auf ein Behördenreferendum.

Abstimmung

Dem Behördenreferendum wird mit 9 Stimmen nicht zugestimmt.

Motionen

4. Motion Steuersenkung: Senkung des Steuerfusses der Gemeinde Kreuzlingen um 5 % auf 59 % / Beantwortung

Die Protokollführung: GR Salzmann befindet sich nicht mehr im Ausstand.

Der Ratspräsident: Diese Motion wurde an der Gemeinderatssitzung vom 4. Juli 2024 eingereicht; die Beantwortung dazu habt ihr mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung erhalten.

GR Schulthess: Wer in diesem Rat schon länger dabei ist, weiss, dass man in einem Budget wenig Chancen hat, an der Ausgabenpolitik der Stadt etwas zu verändern. Einzig und allein mit einer reduzierten Mittelbereitstellung an die öffentliche Hand ist es möglich, unserem Ausgabenwachstum ein bisschen entgegenzuwirken. In der Beantwortung hat der Stadtrat probiert darzulegen, dass wir in diesem Rat gar nicht darüber befinden können. Er hat dazu die Verordnung über das Rechnungswesen der Gemeinden zitiert. Art. 13 Budget: "Die Exekutive erstellt jährlich den Budgetentwurf und legt ihn den Stimmberechtigten bzw. dem Gemeindeparlament zur Genehmigung vor." Das Gemeindeparlament sind wir. Da steht nicht, dass wir zum Steuerfuss nicht etwas sagen können. Im Gegenteil. Wir sagen bei der Budgetberatung jedes Jahr etwas zum Steuerfuss. Der Stadtrat sagt in seiner Beantwortung, das könne nur das Volk bestimmen. Natürlich bestimmt das am Schluss das Volk. Es bekommt ein Budget zur Abstimmung vorgelegt. Darin steht: "Wollen Sie dem Budget zustimmen bei einem Steuersatz von XY %?" Dann kann das Volk Ja oder Nein sagen. Aber das Volk kann den Steuerfuss nicht verändern. Das können wir hier drin. Da der Stadtrat regelmässig probiert, Vorstösse abzuwehren, indem er sagt, ihr dürft gar nicht darüber befinden, was wir in den letzten zwei Debatten ausführlich hatten, möchte ich die Ratsmitglieder, die sich noch nicht mit Gewaltentrennung befasst haben, einladen, dies doch einmal zu tun, damit wir es nicht jedes Mal diskutieren müssen. Wir sind die Legislative, wir erlassen Gesetze und machen Vorgaben. Das macht die Legislative, dieser Rat. Die Exekutive, der Stadtrat, setzt unsere Gesetze und Vorgaben um. Nicht er bestimmt den Steuerfuss. Er kann sagen, was er uns vorlegt, aber wir bestimmen. Und die Judikative setzt diese Gesetze dann durch. Der Abwehrversuch des Stadtrats, dass wir darüber gar nicht erst abstimmen können, zeigt ins Leere. Wir können den Stadtrat auch beauftragen, einen Vorgabewert zu nennen, den wir als Steuerfuss definieren. Selbstverständlich können wir das. Ich möchte an dieser Stelle nicht länger werden. Alle diejenigen, die im Wahlkampf sagen, dass sie liberale Werte vertreten und sich den immer höheren Steuern in dieser Stadt entgegensetzen, bekämen jetzt eine Chance. Ich tue es euch diesmal nicht an, dass wir einen Namensaufruf machen, weil viele Leute es dann vielleicht nicht toll fänden, dass sie jetzt im Rat wieder Nein zu einer Steuersenkung sagen, aber im nächsten Wahlkampf zum Fernsehen gehen und sagen, wir sind für Steuersenkungen. Als Appell an die Leute, die behaupten, sie sähen das kritisch, das im Rat, wo nicht viele Leute es mitbekommen, entsprechend auch umzusetzen.

GR Salzmann: Diese Steuersenkung ist eigentlich eine hoch sympathische Forderung. Ich bin immer für Steuersenkungen, das wisst ihr ja. Aber es ist auf jeden Fall besser, politische Vorstösse reifen zu lassen, sie informell mit der Verwaltung vorzubesprechen und deren Sicht zu lernen – nicht unbedingt zu teilen, aber wenigstens zu wissen, was die denken, juristisch wasserdicht auf ihre Machbarkeit abzuklären, das korrekte Instrument zu wählen, Klarheit der Forderung, sich innerhalb der Kompetenzordnung einer Gemeinde zu bewegen, sich innerhalb der Kompetenzordnung von Bund, Kanton und Gemeinde zu bewegen. Und mancher Vorstossgedanke geht schon unter, wenn man sich diese Gedanken alle macht. Leider desavouiert GR Georg Schulthess damit das eigentlich sehr positive Anliegen einer Steuersenkung. Schade. Ich empfehle mehr Engagement beim Ausformulieren des Anliegens mittels Absprachen und Abklärungen, dann sind auch Mehrheiten zu gewinnen. Und ich empfehle leider, diese Motion abzulehnen.

Abstimmung

Die Motion wird mit 1 Ja-Stimme gegen 36 Nein-Stimmen als nicht erheblich erklärt.

5. Motion Verzicht auf mündliche Begründung bei parlamentarischen Vorstössen - mehr Zeit für Diskussion / Beantwortung

Der Ratspräsident: Die Motion wurde am 5. September 2024 eingereicht; die Beantwortung dazu habt ihr ebenfalls mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung erhalten.

GR Müller: Der Vergleich mit anderen Parlamenten zeigt, dass viele von ihnen mündliche Begründungen nicht kennen, einige sie kennen, sie aber nicht nutzen, und bei einem der acht angefragten Parlamente ist die mündliche Begründung zwingend. D. h., wir können die mündliche Begründung behalten oder wir können sie auch abschaffen. Beides funktioniert. Der Name Parlament kommt vom französischen Wort für sprechen. Warum schlage ich trotzdem vor, eine Möglichkeit zum Sprechen abzuschaffen? Der Titel meiner Motion sagt es eigentlich schon. Ich möchte, dass wir mehr Zeit für Diskussionen haben. Ich finde, dass die Begründung eines Vorstosses sehr gut in einer schriftlichen Form gemacht werden kann. Die mündliche Begründung hat demgegenüber wenig Mehrwert. Wenn ein Vorstoss beantwortet ist, ist meiner Meinung nach Zeit zu sprechen, denn dann kennen wir alle Abklärungen durch die Verwaltung und wir kennen die Einschätzung des Stadtrats. Vor allem können dann die anderen Gemeinderatsmitglieder widersprechen oder neue Aspekte einbringen. Die mündliche Begründung ist ein Monolog, demgegenüber ist die Beratung im Gemeinderat eine Diskussion, bei der sich jedes Gemeinderatsmitglied auch noch von Argumenten überzeugen lassen und eine vorgefasste Meinung überdenken kann.

Abstimmung

Die Motion wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen als nicht erheblich erklärt.

Postulate

6. Postulat Erweitern der Zahlungsmöglichkeiten für die Kreuzlinger Steuerzahler um die Bezahlung von Steuern in Bitcoin / Begründung

Der Ratspräsident: Das Postulat wurde an der Sitzung vom 23. Januar 2025 an den Stadtrat überwiesen.

GR Schulthess: Ich probiere entsprechend der letzten Motion, mich sehr kurz zu halten, obwohl ich ehrlich gesagt der Meinung bin, dass am meisten Zeit jeweils SR Zülle braucht, der eigentlich, wenn er nicht angesprochen ist, gar nicht allzu lange Vorträge halten sollte. Selbst der Arbeitgeberpräsident Wohlrab hat sich heute in der Zeitung zitieren lassen. "Die Neuordnung der Bankenwelt macht finanzielle Stabilität nicht einfacher." Das heisst, es ist auch schon tief in der Wirtschaft angekommen, dass sich bezüglich Geldmarkt etwas verändert. In einem Satz zusammengefasst: Ich möchte hier kein Plädoyer für den Bitcoin halten, aber es gibt verschiedene Gründe dafür, den Leuten, die auf dieses Modell setzen, um einer Geldentwertung, die aktuell durch die Schuldenwirtschaft, die diese Welt macht, massiv voranschreitet, entgegenzuwirken. Entsprechend wäre es nicht mehr als logisch, wie das in vielen anderen Gemeinden wie Zermatt, Zug und Lugano schon Alltag ist, auch in Kreuzlingen die Möglichkeit einzuführen, die Steuern mit Bitcoin zu bezahlen. Übrigens ist dabei der Kurs des Fiatgelds völlig irrelevant. Es spielt keine Rolle, wie der Kurs steht, er wird umgerechnet in das, was steuerlich geschuldet wird. Beim Versprechen, nicht zu lange zu werden, belasse ich es dabei. Das andere sind Sachen, die in meinem Vorstoss bereits enthalten sind. Entsprechend schaue ich vorwärts, auf dass wir das in diesem Rat eines Tages diskutieren.

7. Postulat Schlanke und bezahlbare Verwaltung ermöglicht Erhalt von Handlungsspielraum - Begrenzung der Verwaltungsmitarbeiter auf einen Angestellten pro 100 Kreuzlinger Einwohner "1:100 Vorstoss" / Begründung

Der Ratspräsident: Das Postulat wurde an der Sitzung vom 23. Januar 2025 an den Stadtrat überwiesen.

GR Schulthess: Der 1:100-Vorstoss hat zum Ziel, das Wachstum der Verwaltung ein bisschen mit dem Wachstum der Bevölkerung abzugleichen. Zum Teil herrscht in diesem Rat die Meinung, dass es

naturgegeben ist, dass die Verwaltung grenzenlos wächst und wächst. Aber es gibt auch Leute in diesem Rat, die das anders sehen und vielleicht sogar noch eine bessere Idee hätten, wie man dem Einhalt gebieten könnte. Meine Idee ist in diesem Vorstoss verfasst. Pro 100 Kreuzlinger Bürger ein Verwaltungsangestellter. Damit erhält der Stadtrat einen Rahmen, womit er auch planen und arbeiten kann, und die Bevölkerung erhält eine schlanke Verwaltung, die im Umkehrschluss dann auch ein bisschen Luft hat. Ich habe einen Vorstoss vorgelegt, bin aber auch offen dafür, ähnliche Zielsetzungen mit einem komplett anderen Vorstoss zu erreichen.

8. Postulat Schuldenbremse für Kreuzlingen - Strukturelles Gleichgewicht im Kreuzlinger Finanzhaushalt der kommenden Jahre / Begründung

Der Ratspräsident: Das Postulat wurde an der Sitzung vom 12. Dezember 2024 an den Stadtrat überwiesen.

GR Schulthess: In diesem Vorstoss geht es darum, dass man ein ähnliches Konzept, wie es auf Bundesebene der Eidgenossenschaft recht gut funktioniert, bei uns in Kreuzlingen als Werkzeug nutzen würde, um den kommenden Schuldenhaushalt, der bereits im Finanzplan enthalten und auch schon mit Steuererhöhungen hinterlegt ist, unter Kontrolle zu bekommen. Auch da wäre ich offen für Ideen, wie man das sonst in den Griff bekommen könnte. Wir möchten eigentlich die Fähigkeit, unsere Projekte selbst zu finanzieren, also den Selbstfinanzierungsgrad nicht komplett verlieren und das auf kommende Generationen verschieben. Wer der Meinung ist, das sei naturgegeben, kann das natürlich später ablehnen. Ich habe jetzt einen Vorstoss vorgelegt, wie man dem entgegenzutreten könnte.

Interpellationen

9. Interpellation Stimmt Aufgabenzuweisung an Ordnungsdienste mit dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung überein – Parkbussen statt Sicherheit im öffentlichen Raum? / Beantwortung

Der Ratspräsident: Die Beantwortung zu dieser Interpellation lag den Unterlagen zur heutigen Sitzung bei. Gemäss Art. 48 die Frage an den Interpellanten, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist oder nicht. GR Schulthess, das sollte mit zwei oder drei Sätzen möglich sein, ohne inhaltliche Stellungnahme. Wenn du eine inhaltliche Auseinandersetzung oder weiterreichende Informationen geben möchtest, müsstest du Diskussion verlangen. Nach Art. 48 Ziff. 4 kommt die Diskussion zustande, wenn mindestens 10 Ratsmitglieder diese wünschen.

GR Schulthess: Ich habe in den letzten drei Traktanden so viel Zeit gespart, dass ich hier gern ein bisschen in die Tiefe gehen möchte, insbesondere weil die meisten Leute meinen, das Ganze sei relativ wenig parlare in diesem Parlament zu den politischen Positionen. Man hat sich die Mühe gemacht, diese Interpellation zu beantworten, da finde ich, man könnte durchaus auf einige Themen eingehen. Ich finde auch, es braucht eine Diskussion, weil einige sehr konkrete Fragen sehr fad oder mit anderen Themen beantwortet wurden. Ich mache ein Beispiel: ich frage: Regnet es oder scheint die Sonne? Die Antwort des Stadtrats lautet: Der Himmel ist blau. Das finde ich, gilt es zu vertiefen. Ich verspreche aber auch, dass wir diverse eher technische Themen aussenvor lassen könnten. Die Themen Kameras und Datenablage müssen wir uns in diesem Rat nicht antun. Ich stelle den Antrag, eine Diskussion zu eröffnen. Insbesondere auch, weil ich nach wie vor der Meinung bin, von linker Seite wären Datenschutz und Privatsphärenthemen in ihrem Parteiprogramm. Ich bin immer allein, der um diese Themen kämpft. Ich habe es nicht im Parteiprogramm, ihr schon. Offensichtlich kennt man entweder sein Parteiprogramm nicht oder ist sich sicher ...

Abstimmung

Der Antrag auf Diskussion wird mit 15 Ja-Stimmen angenommen.

GR Schulthess: Eigentlich sollte das Ganze kein Monolog werden, sondern eine Diskussion. Diese hätte ruhig jemand anders eröffnen können mit den Themen, die ihn interessieren. Ich befürchte, sie interessieren euch alle nicht, immerhin ist aber Diskussion gewünscht. Worum geht es? Es kommen viele Bürger von aussen auf die Gemeinderäte zu und fragen, ob das Verhältnis noch stimmt, was unsere Ordnungsdienste machen. Wir haben gewisse Sicherheitsbedürfnisse, die unerfüllt bleiben, und viele Autoeinbrüche. Aber wenn man irgendwo an der Hauptstrasse einmal eine Viertelstunde über der Parkzeit ist, sind die Ordnungsdienste immer aktiv. Es ist schon klar, das sind nicht identisch die gleichen Leute, aber das ist genau das, was da drinsteckt. Vielleicht sollten wir das in dieser Gemeinde ein bisschen umbauen. Es beginnt mit der Frage, was der Stadtrat von einer Verlagerung der Schwerpunktbildung hält. Der Stadtrat hat eine Karte, auf der mehr oder weniger das ganze Stadtgebiet ist und sagt, das ist von den Ordnungsdiensten zu überwachen. Die Fragestellung war, ob wir das nicht ein bisschen auf die Brennpunkte konzentrieren wollen und ob die Leute am richtigen Ort sind. Weiter gibt es Fragestellungen, wo ich gleicher Meinung bin wie der Stadtrat. Brauchen wir eine so intensive Kameraüberwachung? Ihr seht in der Interpellation, wir hatten in drei Jahren vier Fälle mit einer Kameraüberwachung, die an die Staatsanwaltschaft gegangen sind. Also müssen wir gegen die Verfassung verstossen, indem wir die Leute total überwachen, und das wegen vier Fällen. Beim Bus waren es in drei Jahren sogar null Fälle. Kein Fall von Sachbeschädigung oder irgendetwas ging an die Staatsanwaltschaft. Der Stadtrat sagt selbst, dass das Ganze nicht allzu nützlich ist. Konkret sagt er, der Präventionscharakter wird als gering eingeschätzt. Da teile ich die Meinung des Stadtrats, das könnte man reduzieren. Ganz spannend finde ich, der Stadtrat sagt in der Konzeption der Sicherheit: "Eine Stadt, eine Sicherheit." Aber in Wirklichkeit sind die KAPO, die Bahnpolizei, Ordnungsdienste, Citywatch, Securitas, ATS beteiligt, das sind sechs Sicherheitsdienste. Wie ich auch schon gesagt habe, ausser der Armee sind alle beteiligt, aber unsere eigenen Ordnungsdienstleute sind da nicht beteiligt, die verteilen Bussen. Wir geben Hunderttausende von Franken aus an externes Sicherheitspersonal, stocken unsere eigenen Ordnungsdienste auf – wir haben letztes Jahr zwei neue Stellen geschaffen –, und was machen die? Sie verteilen Bussen. Zur folgenden Fragestellung würde mich die Meinung anderer Ratsmitglieder interessieren: Stimmt diese Ressourcenallokation in dieser Stadt? Der Stadtrat beantwortet das mit Ja, diese Leute sind nicht dafür gedacht. Es sind Leute, die Parkbussen verteilen, diese können nicht für Sicherheit sorgen. Man müsste ihren Arbeitsvertrag ändern – oh wie tragisch – oder man müsste andere Leute einstellen. Das müsste man vielleicht. Da geht es eher darum, ob man diese Leute vielleicht auch einmal ins Quartier schicken könnte und sie einfach mit einem Telefon in der Hand telefonieren, wenn sie einen Einbrecher sehen oder jemand ein Auto aufbricht, statt dass die Leute die Hauptstrasse hoch und runter patrouillieren. Ich gebe das weiter, was aus der Bevölkerung bei mir ankommt und würde von euch gern hören, ob ihr diese Gelder und diese Stellen in der Stadt richtig alloziert findet.

GR Neuweiler: Seit wir keine Stadtpolizei mehr haben, ist es eigentlich obsolet, dass der Ordnungsdienst für Sicherheit zuständig sein kann, denn er hat überhaupt keine Polizeiaufgaben. Das sollte GR Schulthess auch wissen. Wir haben von vier Leuten auf drei reduziert, jetzt wieder auf vier erhöht. Wir haben die Ressourcen gar nicht. Unser Ordnungsdienst kann nicht einmal einen Ausweis kontrollieren, dafür müssen sie jemanden von der Kantonspolizei kommen lassen. Wir haben zwei Polizisten hier und es ist auch so, dass sie keine Leute finden. Wir können keine Stadtpolizei machen wie Winterthur oder andere Städte, und der Kantonspolizei fehlen die Leute. Auch wenn sie Leute suchen, kommt niemand, weil dieser Beruf heute nicht mehr so attraktiv ist. Was wollen wir denn machen? Wenn sie keine Kompetenzen haben, nützen sie auch nichts. Wir haben nicht so viele Leute, dass die auf Verbrecherjagd gehen könnten. Da müsste man die Realität schon sehen. Sie sind für den ruhenden Verkehr zuständig, zum Teil noch ein bisschen in den Parks usw., aber mehr liegt mit den Leuten, die wir haben, gar nicht drin. Sonst muss man aufstocken, und für die Sicherheit bringt es nicht wirklich viel.

GR Schulthess: Das ist genau, wovon ich spreche. Diese Leute sind überflüssig, denn sie prüfen, ob die Hecken zu weit hinausgewachsen sind oder ob jemand falsch parkiert. Diese Leute brauchen wir nicht. Wir brauchen echtes, eigenes Sicherheitspersonal. Oder falls unser Staat, unsere Polizei wieder anfangen würde, seine Aufgaben wieder wahrzunehmen und bei uns für Sicherheit zu sorgen, wäre das auch eine gute Idee. Statt dass es um 17 Uhr heisst, dieser Posten ist leider nicht besetzt, dann muss man die Notrufzentrale in Frauenfeld anrufen. Das Ganze handelt davon, dass die Kantonspolizei unsere

Sicherheit auf unserem Gemeindegebiet nicht mehr sicherstellt. Deshalb haben wir viele Externe eingestellt. Die eigenen müsste man halt sicherheitsmässig umbauen. Davon handelt die Interpellation, ob wir die richtigen Leute am richtigen Ort haben, die das Richtige machen. Das ist genau das Thema. Dass die genau nichts mehr machen können, ist mir bekannt. Deshalb sind sie überflüssig, sie richten eigentlich nur Schaden an. Nur dass sie die Stadtkasse mit Bussgeldern füllen, haben wir gern, das ist die Idee. Aber das finden vielleicht nicht alle Kreuzlinger gut.

GR Ricklin: Du hast gerade ein gutes Stichwort gegeben: Hecken zu weit hinauswachsen lassen. Genau das kontrollieren sie nämlich nicht. Flurgesetzeinhaltung. Unsere Strassen sind auch deshalb zu schmal für die Autos, weil die nicht mehr durchfahren können. Vielleicht wäre das eine gute Aufgabe. Die sollen doch mal durch die Strassen laufen und melden, wo die Büsche überall in die Strasse wachsen. Ich kenne Lastwagenfahrer, die am liebsten mit der Heckenschere durch Kreuzlingen fahren würden, weil darauf leider nicht geschaut wird. Das wäre vielleicht eine gute Idee.

Verschiedenes

10. Schriftliche Anfrage Mangelnde Rasenqualität beim FC Kreuzlingen – Fakten statt Schlagzeilen gesucht / Beantwortung

Der Ratspräsident: Die Beantwortung des Stadtrats haben Sie mit der Einladung zur heutigen Sitzung erhalten. Eine Diskussion findet zu einer Schriftlichen Anfrage nicht statt.

11. Verschiedenes

11.1. Gemeinderatssitzung vom 8. Mai 2025, Zeitplan

GR Hummel: Ich bitte euch, für die nächste Sitzung nach der Sitzung noch ein bisschen Zeit einzuplanen. Kollege Dufner und ich haben noch ein kleines Attentat auf euch vor.

11.2. Runder Tisch zum Thema Sicherheit in der Asylregion Ostschweiz

STP Niederberger: Ich möchte gern über einen Anlass in meiner ehemaligen Heimatstadt St. Gallen informieren, an dem SR Beringer und ich heute Nachmittag teilgenommen haben. Wir hatten eine Einladung zu einem strategischen runden Tisch zum Thema Sicherheit in der Asylregion Ostschweiz. Anwesend waren rund 25 Personen aus den Kantonen St. Gallen und Thurgau. Wir haben zwei Bundesasylzentren, eines in Altstätten und eines in Kreuzlingen. Dabei waren unter anderen der Staatssekretär für Migration, Vincenzo Mascioli, der von Bern anreiste, sowie Marcel Suter, Direktor Chef Direktionsbereich Bundesasylzentren SEM. Weiter waren Vertreter der Bundesasylzentren dabei, Vertreter aus den Gemeinden und Städten, Vertreter der kantonalen Migrationsämter, Vertreter der Kantonspolizeien und von der Staatsanwaltschaft. Wirklich ein breiter Kreis, hochkarätig besetzt, wir hatten einen sehr guten Austausch. Das Ganze war für mich auch eine Weiterführung des Gesprächs anlässlich des Treffens vom 18. November 2024 mit Bundesrat Jans. Wir konnten erfreut feststellen, dass generell das Thema Sicherheit in den Ortschaften und wie man mit straffälligen Asylbewerbern umgeht, sehr ernst genommen wird. Ich kann bestätigen, dass über alle Stufen vom SEM über den Bund bis hin zu Polizei, Kantonen und Gemeinden das Anliegen, wie man straffällige Asylbewerber besser in den Griff bekommen kann, sehr ernst genommen wird und dass bereits Massnahmen umgesetzt werden konnten, und auch weitere Massnahmen vorgesehen sind in Form von Gesetzesänderungen. Ihr habt vielleicht mitbekommen, dass diese Woche auch im Bundesparlament entsprechende Vorstösse behandelt wurden, einerseits straffällige Asylbewerber und andererseits auch die Sicherheitsdienste. Die Qualität der Sicherheitsdienste war auch ein Punkt, den wir beim Bundesrat deponiert haben, die ja vom SEM bezahlt werden. Da konnten wir Inputs geben, und auch das war ein Thema in Bundesbern. Wir konnten sehr erfreut zur Kenntnis nehmen, dass da sehr gute Sachen aufgegleist worden sind und dass auch von Seiten der Staatsanwaltschaften und der Polizei feststellbar ist, dass es Mittel gibt, um straffällige

Leute härter anzupacken. Vom Vertreter aus Bern wurde festgehalten, dass die Quoten der Rückführungen sehr hoch sind. Er nannte eine Gruppe, die ich hier nicht nenne, wo der Bund es mit einer 99-prozentigen Rückführung schafft. Das Problem ist, dass es zwischen der Entscheidung der Wegweisung bis zum Vollzug noch zu lange dauert. Aber auch hier sollen Massnahmen ergriffen werden. Das Ganze war also sehr positiv. Es werden auch Pendenzenlisten daraus entstehen. Themen werden angegangen, und wir werden voraussichtlich im September einen nächsten runden Tisch haben. Ich wollte das an dieser Stelle einfach mitteilen. GR Schulthess hat mich letztthin gefragt, was da läuft. Jetzt kann ich es sagen, dass da wirklich etwas im Gang ist. Ich glaube, dass wir hier auf einem guten Weg sind, der das subjektive Sicherheitsbedürfnis in den Gemeinden und Städten sichert. Beim Bundesasylzentrum haben wir deponiert, dass wir möchten, dass das SEM selbst einen Aufenthaltsplatz auf dem Areal macht. Dazu haben wir heute Unterlagen und erste Pläne erhalten. Sie sind also auch da dran, den Wunsch, der von der Stadt kam, umzusetzen.

11.3. Strafanzeige des Stadtrats gegen Gemeinderatsmitglied

GR Schulthess: Es ist sehr erfreulich, dass sich da etwas bewegt. Zum Mittagessen wart ihr miteinander schon ab und zu, aber dass jetzt Massnahmen aufgegleist worden sind, ist sehr schön, und darauf bin ich gespannt. Übrigens ist das mit dem Aufenthaltsplatz ein Anstoss der Anwohner vom Döbeliareal und nicht von der Stadt. So viel zum Thema fremde Federn. Ich habe aber noch eine andere Frage an STP Niederberger. Der Stadtrat hat mich wegen Ehrverletzung angezeigt. Hält der Stadtpräsident das für geeignet, mich als Opposition zum Schweigen zu bringen? Findet er es eine zielführende Idee, das so durchzuführen?

STP Niederberger: Ich kann bestätigen, dass wir als Gesamtstadtrat eine Strafanzeige eingereicht haben, und zwar wegen Verdachts der Verleumdung, eventuell üble Nachrede und Beschimpfung. Ausgangslage ist, dass die Stadtratsmitglieder in einem Video unter anderem als Faschisten bezeichnet wurden. Dies hat uns bewogen, eine Strafanzeige einzureichen, weil aus unserer Sicht hier eine rote Linie überschritten wurde. Wir wollen ein Zeichen setzen. Nicht nur für uns persönlich, sondern auch generell für Behördenmitglieder, die für ihre Stadt in den Gemeinden, Städten oder beim Kanton im Einsatz sind. Und auch für die jetzigen Exekutivmitglieder, aber auch für zukünftige Exekutivmitglieder. Da wurde eine rote Linie überschritten, denn, und das ist auch ein wichtiger Punkt, den Schutz einer Institution, Exekutive, Stadtrat oder Behörde müssen wir in der Schweiz sehr, sehr hochhalten. Deshalb haben wir diese Strafanzeige eingereicht. Weitere Angaben kann und will ich im Moment dazu nicht machen, weil es ein laufendes Verfahren ist. Zu gegebener Zeit kann man wieder informieren.

Der Ratspräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? GR Schulthess, aber nur zu anderen Themen.

GR Schulthess: Nein, zu diesem Thema.

Der Ratspräsident: Nein, nicht zu diesem Thema. Entschuldigung.

GR Schulthess: Ich möchte, dass du klarstellst, dass ich dich nicht als Faschist bezeichnet habe. Ich habe das Wort Faschist nicht gesagt. Das ist in diesem Interview gefallen, aber ich habe es nicht gesagt. Ich habe aber noch eine Nachfrage zu diesem Thema, man könnte das auch als anderes Thema sehen. Ist euch bewusst, dass ihr als Gremium mich nicht wegen Ehrverletzung anzeigen könnt? Denn ein Gremium kann keine Ehrverletzung erfahren. Ihr alle fünf könnt mich anzeigen. Nun meine Frage: Beahlt ihr die Rechtsanwälte, mit denen ich beim Staatsanwalt schon gesessen bin, persönlich, oder bezahlen die Steuerzahler?

Der Ratspräsident: Gemäss Art. 52 Abs. 4 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat wird über Fragen unter dem Thema Verschiedenes nicht diskutiert. GR Schulthess, wenn du diskutieren willst, musst du für diese Anfrage einen anderen Weg suchen. STP Niederberger darf antworten, muss aber nicht, denn über diesen Themenpunkt findet keine Diskussion statt. Wenn auf die Antwort einer gestellten Frage eine zweite Frage gestellt wird, sind wir bei einer Diskussion. Dann ist es keine Frage, sondern eine Diskussion. Aber ich überlasse es dem Stadtpräsidenten, ob er antworten will oder nicht. – Somit ist dieses Thema für heute erledigt.

11.4. Politische Themen an der Immozionale

GR Schläfli: Ich stelle im Namen meiner Fraktion folgende kurze Frage an den Stadtrat: An der Immozionale ist uns aufgefallen, dass eben auch politische Themen behandelt wurden. Zum einen bei der Eröffnung mit einem Votum und mit einem Messestand. Das hat mich zu folgenden Fragen bewogen: Hat die Stadt an diese Messe auch einen finanziellen Beitrag geleistet? Und weiss jemand, ob das in den Statuten ersichtlich ist, dass diese Ausstellung auch zu einem anderen Zweck benutzt werden kann?

STP Niederberger: Vielen Dank für diese Frage. Bei der Immozionale übernimmt die Stadt die Kosten für die Miete des Dreispitz in der Höhe von etwa CHF 6'000. Ich war bei dieser Eröffnung anwesend und habe mich massiv geärgert, dass bei der Eröffnung einer Immozionale Abstimmungskampf gemacht wird. Offenbar, ich weiss auch nicht warum, hat man mir das angesehen. Die Präsidentin kam dann sofort zu mir und erklärte, der Referent habe nur gefragt, ob er rasch etwas sagen dürfe, dann sei es ein bisschen ausgeartet. Im Nachhinein habe ich die Statuten des Vereins Immozionale bestellt. Diese sehen vor, dass sie politisch neutral sind. Wahrscheinlich ist das nun schwierig zu sagen, wenn der Verein in den Statuten neutral ist, ob dann an einem Stand nicht auch Politik gemacht werden darf. Da müsste man wahrscheinlich einen Juristen fragen. Was für mich aber ein absolutes No-Go ist, dass an einer Eröffnung, wo Sponsoren anwesend sind, so eine Show gemacht wird zur Einleitung eines Abstimmungskampfs. Anlässlich eines ausführlichen Gesprächs mit der Präsidentin teilte ich klar mit, dass wir das nicht akzeptieren können. Das geht nicht, dass man eine Eröffnungsfeier dafür benutzt. Wir hatten ein sehr gutes Gespräch, und ich glaube, das wird nicht nochmals vorkommen. Wir haben das auch in einer Stadtratssitzung kurz besprochen, weil ich wissen wollte, wie es meinen Kollegen ergangen ist. Ich gehe davon aus, dass das zukünftig nicht mehr so passieren wird.

11.5. Abschiedsapéro GR Raschle

GR Raschle: Ich habe heute meine letzte Gemeinderatssitzung. Ich habe es letztes Mal angetönt, ich möchte euch gern einladen zu einem letzten Glas im Stehen. Alle Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, Stadtrat, Pressevertreter, Mitarbeitende der Stadt und alle mir bekannten Gäste. Ich würde mich freuen, wenn ich mit euch noch kurz anstossen könnte. In der letzten Sitzung hat der Präsident gesagt, ich müsse noch nachsitzen, ich könne nicht gleich gehen. Aber ich habe gesehen, dass meine Frau hier ist, sie wird die Gäste bewirten, bis wir mit der Sitzung fertig sind. Danke vielmals. Es würde mich freuen, wenn ihr alle noch kurz Zeit hättet.

GR Raschle: Ich habe vergessen zu sagen, wo der Apéro stattfindet. Seit der Budgetdebatte wissen alle, wo das Feuerwehrmuseum ist.

11.6. Motion zurück zu Tempo 50 auf der verkehrsorientierten Bergstrasse – Lärmschutz ist ein Feigenblatt für autofeindliche Politik / Eingang

Der Ratspräsident: Von GR Schulthess, Aufrecht Schweiz ging mit Datum vom 31. Januar 2025 per E-Mail eine Motion ein: "Zurück zu Tempo 50 auf der verkehrsorientierten Bergstrasse. Lärmschutz ist ein Feigenblatt für autofeindliche Politik" Die Motion wird mit heutigem Datum an den Stadtrat überwiesen (Protokoll Beilage 2).

11.7. Interpellation zur Besetzung der stadträtlichen Kommissionen / Eingang

Der Ratspräsident: Weiter ist heute von GR Schindler, SVP eine Interpellation eingegangen "Zur Besetzung der stadträtlichen Kommissionen". Auch diese Interpellation wird mit heutigem Datum an den Stadtrat überwiesen (Protokoll Beilage 3).

Der Ratspräsident: Somit sind wir am Schluss der heutigen Sitzung angelangt. Ich wünsche einen guten Heimweg bzw. noch einen guten Prost beim Apéro.

Sitzungsende: 21.47 Uhr

Beilagen

1. Tischvorlage Traktandum 2.2
2. Motion zurück zu Tempo 50 auf der verkehrsorientierten Bergstrasse – Lärmschutz ist ein Feigenblatt für autofeindliche Politik
3. Interpellation zur Besetzung der stadträtlichen Kommissionen

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Die Vizepräsidentin

Die Stimmenzählerin

Sitzung des Gemeinderats vom 13. März 2025**Ersatzwahl in die Kommissionen (Traktandum 2.2)**

Von der Fraktion MITTE/EVP wird folgender Vorschlag unterbreitet, gültig ab 1. April 2025:

Einbürgerungskommission

Mitglied bisher	Thomas Pleuler	neu	Ornina Be Nissa
Suppleantin bisher	Ornina Be Nissa	neu	Thomas Pleuler

Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

Suppleant bisher	Elmar Raschle	neu	Thomas Leuch
------------------	---------------	-----	--------------

Geschäftsprüfungskommission

Mitglied bisher	Elmar Raschle	neu	Ramona Zülle
Suppleantin bisher	Ramona Zülle	neu	Rico Dufner

Kommission Gesellschaft, Kultur, Sport

Mitglied bisher	Elmar Raschle	neu	Thomas Pleuler
-----------------	---------------	-----	----------------

Energie Kreuzlingen

Suppleant bisher	Elmar Raschle	neu	Rico Dufner
------------------	---------------	-----	-------------

11. März 2025 / Stadtkanzlei

GR Georg Schulthess
 Romanshornestrasse 134
 8280 Kreuzlingen
 georg.schulthess@ziil.ch



Motion

Zurück zu Tempo 50 auf der verkehrorientierten Bergstrasse - Lärmschutz ist ein Feigenblatt für autofeindliche Politik

Sehr geehrter Herr Präsident

Ich reiche Ihnen gestützt auf Art. 46 der derzeit gültigen Geschäftsordnung des Gemeinderates zuhanden des Stadtrates folgende Motion ein:

AUSGANGSLAGE

Die Bergstrasse ist als verkehrorientierte Strasse eingestuft. Verkehrorientierte Strassen haben Tempolimit 50 km/h.

Die kantonalen Verantwortlichen Dominik Dietzi, der Kantonsingenieur Andy Heller und Stadtrat Ernst Zülle haben die Kreuzlinger überrumpelt:

In grosser Eile und kürzester Zeit und ohne Konsultationen wurde die Bergstrasse in Kreuzlingen zu einer 30-er Zone erklärt und beschildert.

Es wurde mit medialer Unterstützung eine breite Zustimmung aus der Bevölkerung suggeriert, diverse Rückmeldungen aus der Bevölkerung zeigen ein anderes Bild.

Regierungsrat Diezi soll unsere Verkehrsprobleme lösen, uns keine immer neuen Kapazitätseinschränkungen überstülpen.

Es wird im Kanton Thurgau gegen den ausdrücklichen Willen der Gemeinden gehandelt. (Ermatingen beschreitet beispielsweise bezüglich Tempo 30 bereits den Rechtsweg).

BEGRÜNDUNG

Der Bundesrat hat in Artikel 1 Absatz 9 der Signalisationsverordnung (SSV; SR 741.21) definiert, was verkehrorientierte Strassen sind: "*Verkehrorientierte Strassen sind alle Strassen innerorts, die primär auf die Anforderungen des Motorfahrzeugverkehrs ausgerichtet und für sichere, leistungsfähige und wirtschaftliche Transporte bestimmt sind*". Sie sind für eine effiziente Verkehrsabwicklung bestimmt.

Die verkehrorientierten Strassen bilden in besiedelten Gebieten das übergeordnete Netz. Jeder Strasse ihre Funktion und ihre Geschwindigkeitsbegrenzung:

Tempo 30 auf der Bergstrasse ist nicht gesetzeskonform.

Das Parlament in Bern verlangt vom Bundesrat eine Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes, die es erschweren soll, auf wichtigen Strassen innerorts Tempo 30 einzuführen.

Parlamentsentscheid in Bern:

Mit 25 zu 15 Stimmen und mit 3 Enthaltungen überwies der Ständerat eine Motion an den Bundesrat. Sie fordert, die "Hierarchie des Strassennetzes" und die Funktionen der Strassen innerorts und ausserorts zu respektieren. Das betrifft auch Tempobeschränkungen.

Die verlangten neuen Bestimmungen im Strassenverkehrsgesetz sollen nicht nur die Funktionen der verschiedenen Strassen erhalten, sondern auch die entsprechenden Geschwindigkeitsbegrenzungen. Genannt sind dabei Tempo 50 auf verkehrsorientierten Strassen innerorts und die Möglichkeit für Tempo 30 auf Siedlungsstrassen.

Auf verkehrsorientierten Strassen innerorts soll grundsätzlich Tempo 50 gelten. Auf **Nebenstrassen** kann Tempo 30 eingeführt werden, wenn die lokalen Behörden dies wünschen.

Zur angeführten Begründung «Lärmschutz» fehlen die unabhängigen Nachweise. Eine Lärmschutzwirkung ist aber auch gar nicht ausgewiesen.

Dazu TCS, Analyse «Zonen unter der Lupe», Verkehrssicherheit:

Behauptung:

Eine tiefere Tempolimitte verringert den Lärm.

Wirklichkeit:

Die Geschwindigkeitslimiten in Zonen werden vielfach nur eingehalten, wenn die Verkehrsteilnehmer durch entsprechende Verkehrsberuhigungsmassnahmen dazu geführt werden. Je härter diese greifen sollen, desto unsteter und unregelmässiger wird die Fahrweise. Bremsen und Beschleunigen erhöhen aber nachweislich den Lärmpegel.

Gewisse bauliche Massnahmen wie Schwellen oder Belagswechsel sind direkte Lärmquellen. Verkehrsberuhigungsmassnahmen, wie Rechtsvortritt oder gestalterisch-bauliche Massnahmen, verleiten die Autolenker zum Fahren in tieferen Gängen, was den Geräuschpegel ebenfalls erhöht. Auch Strassenneigung und -anlage führen zum Fahren in tieferen Gängen und damit automatisch zu vermehrter akustischer Belastung. Denn in der Steigung wird man, auch wenn der Motor diese bewältigen könnte, herunterschalten, um ihn nicht abzuwürgen und im Gefälle einen tieferen Gang wählen, um nicht dauernd bremsen zu müssen.

Bei stetiger Fahrweise kann der Geräuschpegel in verkehrsberuhigten Strassen um bis zu 3 Dezibel vermindert werden. Dies entspricht etwa einer Halbierung des Verkehrs. Im Normalfall ist diese Lärmverminderung jedoch kaum auszumachen. Bei lauten Fahrzeugen wie Motorrädern, Mofas und Lastwagen

Interpellation zur Besetzung der Stadträtlichen Kommissionen

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Stadträte

Vor Kurzem wurde ein neues Mitglied in die Kunstkommission gewählt. Unsere Fraktion und Ortspartei wurde jedoch weder über eine Vakanz informiert noch in den Findungsprozess einbezogen. Dies wirft Fragen hinsichtlich der Transparenz und der Berücksichtigung aller politischen Kräfte bei der Besetzung solcher Gremien auf.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie wird sichergestellt, dass alle Fraktionen, Parteien und Gruppierungen über vakante Sitze in den städtischen Kommissionen rechtzeitig informiert werden?
2. Gibt es ein festgelegtes Verfahren zur Besetzung von Kommissionssitzen, und falls ja, wie sieht dieses konkret aus?
3. Welche Kriterien werden bei der Auswahl der Mitglieder für die verschiedenen städtischen Kommissionen angewendet?
4. Wird bei der Besetzung von Kommissionen darauf geachtet, dass eine ausgewogene politische Vertretung gewährleistet ist?
5. Ist der Stadtrat bereit, die Transparenz und Mitwirkung aller Fraktionen, Parteien und Gruppierungen in diesem Prozess zu verbessern? Falls ja, welche Massnahmen sind geplant?

Auf eine mündliche Begründung verzichten wir bei diesem Vorstoss

Für die SVP Fraktion



Séverine Schindler

Kreuzlingen, 10. März 2025